

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Samstag, 19. Oktober 2019, 19:00 Uhr

Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck

Predigt im Pontifikalamt zum 70. Jubiläum des BKU
– 29. Sonntag im Jk C – Samstag 19. Oktober 2019, 19:00 Uhr –
Abteikirche St. Michael, Siegburg

Texte: Ex 17,8-13;
2 Tim 3,14-4,2;
Lk 18,1-18.

Liebe Mitbrüder im geistlichen Amt,
liebe Schwestern und Brüder,
liebe Mitglieder, Freunde und Gäste des 70. Jubiläums des BKU,
liebe Gemeinde!

I.

„Wiederaufbau“ – Das ist eines der großen Worte, das die Zeit nach den Abgründen und Zerstörungen des II. Weltkrieges, die sowohl die Menschen im Inneren, als auch im Äußeren in allen ihren Bezügen betrafen, die Welt nach 1945, und noch mehr nach 1949, für lange Zeit geprägt hat. Es ging nicht einfach nur um die Herstellung neuer, wieder lebenswerterer Alltagsverhältnisse, sondern zugleich darum, einen demokratischen Rechtsstaat aufzubauen und eine soziale Marktwirtschaft zu etablieren. Damit war das ordnungspolitische Leitbild für die künftigen Generationen markiert und bestimmt. Die Zeit des „Wiederaufbaus“ ist also eine „Gründerzeit“. „Wiederaufbau“ meint dabei ein aktives Tun, was zugleich aber auch einen Neuaufbau bedeutet, geht es doch nicht einfach nur um die Wiederherstellung des Alten im Sinne einer Restauration, sondern auch um ein Lernen aus den Abgründen und den Lehren aus dem Gewesenen, um Tragfähiges, die Würde des Menschen in allem Schützendes, um eine Gesellschaft von „Einigkeit und Recht und Freiheit“ zu schaffen, die die Gleichheit aller Menschen um ihrer Würde willen als unaufgebbar beschreibt. „Gründerzeit“ deswegen, weil es

bei vielen nach dem Desaster des ungeheuerlichen Abgrundes, in den die Nazidiktatur viele Menschen in ganz Europa und Teile der Welt gerissen hatte, zu neuen Einsichten kommt, die für eine stabile neue Gesellschafts- und Lebensordnung Sorge tragen wollen. Dabei erweist sich die katholische Soziallehre als hilfreich und wegweisend. Mit ihren Prinzipien der Solidarität, Subsidiarität und Personalität wird sie in die Gründungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland seit 1949 eingeschrieben.

II.

Genau 70 Jahre, solange wie die Bundesrepublik Deutschland, gibt es aus diesem Grunde auch den „Bund Katholischer Unternehmer“, der bereits damals dafür einsteht, die grundlegenden Prinzipien einer freien Marktwirtschaft und eines sozialen Ausgleichs ordnungspolitisch nach vorne zu stellen, um sie in den darauffolgenden Jahrzehnten immer wieder weiterzuentwickeln, erst europäisch und nun global. Die digitale Welt weitet dieses Feld heute noch einmal neu. In einem abgeleiteten Sinne gilt es deswegen, immer wieder einen „Wiederaufbau“ in einer neuen „Gründerzeit“ zu leisten, um eingängig zu machen, wie eine tragfähige soziale Marktwirtschaft und ein demokratischer Rechtsstaat zusammengehören, einander bedingen, Freiheit und Gleichheit aller zugleich voraussetzen wie auch ermöglichen, um dies auf der Grundlage der christlichen Gesellschaftslehre zu reflektieren. In allem muss es auch heute dabei um das gute Zusammenleben aller Menschen gehen, eingedenk der Prinzipien einer freien Marktwirtschaft und eines sozialen Ausgleichs, die sich im 21. Jahrhundert zu bewähren haben. Einfach gesagt, geht es der Kirche darum, aus christlicher Perspektive das Leben aus einem sich im Alltag bewährenden Glauben und einer die Gerechtigkeit befördernden Haltung zu gestalten.

Heute will ich dabei besonders an P. Oswald von Nell-Breuning SJ erinnern, der vor 70 Jahren, im Jahr 1949, zu den Mitbegründern des „Bundes Katholischer Unternehmer“ gehört hat. Was wäre aus seiner Sicht zur heutigen Globalisierung, einem fast inflationär gebrauchten Begriff, zu sagen, um an das Thema der heutigen Tagung zu erinnern? Wie ist es um eine Ordnungspolitik im Sinne katholischer Soziallehre und eines demokratischen Rechtsstaats bestellt?

III.

Globalisierung meint heute einen Gesamtprozess, der unterschiedliche Bereiche wie Wirtschaft, Politik, Kultur, Umwelt u.v.m. erfasst und eine ungeheure Intensivierung globaler Beziehungen

nach sich zieht. Diese betreffen nicht nur einzelne Menschen, sondern ganze Gesellschaften, Staaten und vielfältige Form von Institutionen. Formen von Globalisierung hat es jedoch immer wieder gegeben, sodass es nicht einfach ein heutiges Phänomen ist. Denken wir nur an die Zeit der Städtebildung im Zeitalter von Franziskus von Assisi im beginnenden 13. Jahrhundert oder auch an die ökonomisch übergreifenden Verflechtungen zur Zeit der Fugger im 15. Jahrhundert. Dabei gehören zu den wesentlichen Ursachen von Globalisierung immer wieder Fortschrittsentwicklungen diversester Art und zugleich auch politische Entwicklungen. Globalisierung hat zudem auch mit der expansiven Eroberung vieler Länder zu tun, die lange von diesen Entwicklungen ausgeschlossen waren, heute aber um ihre traditionellen Kulturen ringen, Formen von Demokratisierung und anderen Staatsformen suchen und sich zugleich nach ihren Wertesystemen fragen, mit und in denen sie leben wollen. Entsprechend gibt es bei der Globalisierung nicht nur positive Auswirkungen zu beschreiben, sondern ebenso neben den Gewinnern auch viele Verlierer, und das unter verschiedener Rücksicht. Schließlich gibt es in diesen Prozessen eine schleichende Entmachtung des Managements, aber auch des Unternehmertums zu beobachten, weil der eigentlich erforderliche Gestaltungsspielraum für kreatives Unternehmertum immer mehr eingeengt wird, bedingt durch selektive und einengende Sichtweisen, nicht zuletzt auch einer schleichenden Entpolitisierung der Politik, dazu noch flankiert von einem deutlichen Mangel an Werten oder besser gesagt, von Werteverstärkungen.

IV.

So bekommen Fragen nach der Ethik ein neues Gewicht. Es geht wieder einmal neu um die Anwendung ethischer Prinzipien auf den Bereich wirtschaftlichen Handelns. Das bedeutet für die Kirche und für uns Christen, immer wieder die besagte Rahmenordnung zu reflektieren und die ethischen Prinzipien in den Spielregeln dieser Rahmenordnung zu diskutieren. Es gilt also, sich mehr auf wirtschafts- und unternehmensethische Grundlagen zu besinnen. Genau unter einer solchen Rücksicht heißt dies heute, das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft im Rahmen eines demokratischen Rechtsstaats zu stärken und Ordnungspolitik neu zu denken.

Dabei ist es bedeutsam, dass wir uns als Kirche selber als Teil von Demokratie verstehen und die freiheitliche Demokratie sowohl theoretisch, als auch praktisch als die z. Zt. bestmögliche, weil u.a. lern- und vor allem kritikfähige politische Ordnung anzuerkennen. Sie ist die zurzeit beste Garantie für die Wahrung von Freiheit, Würde und Recht jedes einzelnen Menschen, die darum

aus christlicher Überzeugung heraus zu stützen ist. Der Sozialstaat braucht nämlich eine freiheitliche, rechtsstaatlich demokratische Ordnung mit dem unbedingten Respekt vor der Würde des Menschen und seinen unveräußerlichen Rechten. Unter diesen Bedingungen kommt der Freiheitsimpuls des Evangeliums hier unter allen Staatsformen am deutlichsten zum Ausdruck. Darum kann i.d.R. gerade die soziale Marktwirtschaft nur im Blick auf solche sie tragenden Überzeugungen wachsen und gedeihen. Die Kirchen als bedeutsame Teile der demokratischen Zivilgesellschaft haben den Auftrag, diese dann zu stützen, zu schützen und zu stärken. Bedeutsam ist das vor allem auch deswegen, weil wir zurzeit in unserer Gesellschaft wie auch in unserer demokratischen Grundordnung mitsamt unseren politisch-moralischen Grundlagen zum ersten Mal seit dem II. Weltkrieg ernsthaft in der Gefahr stehen, unsere gesellschaftlichen Legitimitäts- und Anerkennungsgrundlagen nachhaltig zu verlieren. Der Populismus, vor allem derzeit der Rechtspopulismus, gefährdet eine lebendige politische Demokratie. Eine lebendige politische Demokratie gibt es nämlich nur mit sozialer Gerechtigkeit, die dort gefährdet ist. Soziale Marktwirtschaft, demokratischer Rechtsstaat und Gerechtigkeit gehören aufs Engste zusammen. Gerade auch die sich digital und globalisiert aufstellende Welt bleibt dabei eine große Herausforderung, weil hier alle sozialen Fragen unbedingt demokratierelevant sind. Ein funktionierender Sozialstaat, der Armut bekämpft und soziale Teilhabe garantiert, ist nicht nur ein integraler Bestandteil sozialer Marktwirtschaft, sondern eben immer auch zugleich eine tragende Säule freiheitlicher Demokratie.

Wir finden uns also heute in einer neuen „Gründerzeit“ und in einem neuen „Wiederaufbau“ wieder. So können wir zeigen, wie wichtig dauerhaft der soziale Ausgleich und die Ausrichtung auf soziale Gerechtigkeit in der Demokratie, aber auch in der sozialen Marktwirtschaft sind. Wenn z.B. neue Märkte entstehen, die nicht durch ein gerechtes Steuersystem sozial eingehegt werden, wenn die Einkommensverteilung ein bislang ungekanntes Auseinanderklaffen zwischen Arm und Reich annimmt und es Reiche gibt, die sich aus der Solidargemeinschaft absetzen, dann gefährdet dies auch die Stabilität der Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft selbst. Darum ist jede soziale Marktwirtschaft und Demokratie auf sozialen Ausgleich verpflichtet, gleichsam als zentrale Pfeiler einer Ordnung der Freiheit.

V.

Dies ist an verschiedenen Problemfeldern, die uns heute bewegen, deutlich zu zeigen, gerade aus

einer christlichen Motivation heraus. Die Verunsicherung über die wachsende Unübersichtlichkeit einer globalisierten Welt, die zunehmende Unzufriedenheit mit den sozioökonomischen Verhältnissen, die mit dem Zuzug von Migranten und Geflüchteten vielfach ausgelösten Ängste und schließlich die mit den rasanten Fortschritten der Digitalisierung verbundenen Sorgen um die Umgestaltung der Arbeitswelt und der bisher vorherrschenden Formen von Kommunikation zeigen dies sehr klar.

Es braucht darum für den gesellschaftlichen Zusammenhang starke Erfahrungen leibhafter Begegnungen und auch demokratischer Auseinandersetzungen direkter Art. Es bleibt nötig, Verfolgten und Geflüchteten Schutz zu gewähren, solange die Gefahr in ihrem Heimatland anhält. Darum gilt, dass wir als Europäer kein Geburtsrecht auf ein besseres Leben haben als Milliarden anderer auf der Welt. Darum auch ist eine globale Ordnungspolitik im Rahmen multinationaler Institutionen zu fordern, die von einer globalen Ordnungsethik getragen werden müssen. So z.B. durch Regeln gerechter Besteuerung für international agierende Technologiekonzerne und die Verpflichtung transnationaler Unternehmen, Verantwortung für die Arbeitsbedingungen in den diversen Arbeitsstätten ihrer globalen Zuliefererketten zu übernehmen. Erst recht gilt das für die Europäische Union, die kein Elitenprojekt ist, wie oftmals, fast böswillig, unterstellt wird, sondern Ort der Etablierung einer europäischen Solidarität sein muss, die sich auch in einem sozialen Ausgleich zeigt, der in wirtschaftlichen Krisenzeiten den Menschen in ihren individuellen Notlagen konkrete Hilfe leistet. Insgesamt gilt gerade hier, dass die Zukunftsfähigkeit der Systeme von Freiheit, Gleichheit und der Würde aller Menschen, eben eines demokratischen Rechtsstaates und einer sozialen Marktwirtschaft, wesentlich davon abhängt, inwieweit es gelingt, diejenigen, die sich heute als wirtschaftlich und politisch marginalisiert erfahren, zu ertüchtigen, damit sie wieder Vertrauen fassen und erleben, dass ihre Interessen von Belang sind und politische Beachtung finden. Es müssen wieder alle Bürger spürbar an Wohlstandsgewinnen teilhaben können. Weil nämlich gerade das, wofür wir mit den Regeln der Soziallehre der Kirche, nämlich Solidarität, Subsidiarität und Personalität, eintreten, für Innovation und Wandel aus der Verbindung mit der Herrschaft des Rechts und der Anerkennung aller als Freie und Gleiche sorgen können. Dass darüber hinaus natürlich ein solcher, auf Gerechtigkeit hin orientierter Grundentwurf auch von ungeschriebenen Voraussetzungen lebt, vor allem von Haltungen der Rechtstreue, des bürgerlichen Gemeinsinns und des politischen Verantwortungsbewusstseins, ist selbstredend klar und zeigt, dass wir

wesentlich sozialpolitische Sittlichkeit brauchen. Diese aber ist nur dann realistisch zu erwarten, wenn es gelingt, die sozialen Ausgrenzungen und Spaltungen nachhaltig zu bekämpfen und zu überwinden, und zwar bildungspolitisch, arbeits- und sozialpolitisch, regional- und infrastrukturpolitisch. An dieser Stelle gehören politische Demokratie und soziale Gerechtigkeit untrennbar zusammen, gerade um eine neue „Gründerzeit“ der sozialen Marktwirtschaft im Rahmen demokratischer Rechtsstaatlichkeit durch die Anpassung an die Modalitäten einer globalisierten digitalen Wirtschaft zu erreichen. Es wird auf Dauer nicht genügen, auf nationaler und europäischer Ebene verbindliche Rahmenbedingungen einzuführen. Wahrscheinlich werden wir größere, übergreifende internationale Institutionen brauchen, die mächtig genug sind, ordnungspolitische Grundsätze und Prinzipien durchzusetzen. Denn gerade die sozial Schwächeren erwarten von der Politik eine Verbesserung ihrer Lebenssituation, indem sie gehört werden und politische Handlungsfähigkeit erleben. Die meisten sind heute die Willensbekundungen, Schaufensterdebatten und Expertenkommissionen leid und bestärken sie in ihrer Einschätzung, dass Politik mit dem Leben nichts zu tun habe. Um den sozialen Zusammenhalt zu stärken, genügen weder Apelle zur Selbstoptimierung noch Versuche, Politik besser zu erklären.

Genau aus diesem Grund lohnt es sich, eine neue „Gründerzeit“ mit einer neuen Form von „Wiederaufbau“ auf den Weg zu bringen, der mit einem der großen Themen dieser Tagung verbunden ist, nämlich dem digitalen Wandel. Ihn als Chance und Gefährdung wahrzunehmen, macht es möglich, Teilhabe zu schaffen. Und zwar als digitale Teilhabe am Wohlstand. Ein demokratisches Gemeinwesen und eine soziale Marktwirtschaft sind in allen ihren Beteiligungsformen ohne die Nutzung digitaler Medien nicht mehr zu denken, geschweige denn zu gestalten. Dabei wird es im digitalen Zeitalter auf Ethik und Bildung ankommen. Es braucht eine Sorgfaltspflicht im Umgang mit Daten. Es braucht eine kritische Reflexion von starken Wertungen und Emotionalisierungen in der Auseinandersetzung mit der Öffentlichkeit und eine hohe Aufmerksamkeit auf die höchst ambivalenten Mobilisierungspotenziale sozialer Netzwerke. All das gehört zu einer Sittlichkeit, auf die in der Demokratie das Gemeinwesen angewiesen ist, letztlich um die politische Lebensform der Freiheit zu gestalten und damit den Ordnungsrahmen für einen demokratischen Rechtsstaat und eine soziale Marktwirtschaft. So kann auf jeden Fall verhindert werden, was sich zurzeit nur in Gegensatzpaaren beschreiben lässt, nämlich das Wachsen der Gegensätze zwischen sogenannten „Globalisierungsgewinnern“ und

„Globalisierungsverlierern“ oder den urbanen „Kosmopoliten“ und den in der Peripherie lebenden „Kommunitaristen“ oder den „Anywheres“ und den „Somewheres“. Solche Spaltungen sind für jeden demokratischen Rechtsstaat, aber auch für eine funktionierende soziale Marktwirtschaft brandgefährlich, zumal wenn diejenigen, die von Geringschätzung und Abwertung betroffen sind, ihrerseits nicht selten mit Abgrenzung und Verweigerung reagieren.

Daraus folgen Imperative, die zeigen, wo wir heute wieder Aufbauarbeit leisten und in neuen Modellen denken müssen, nämlich indem wir Gemeinschaft schaffen und Solidarität, vor allem global, neu denken, indem wir den Zusammenhalt sichern, indem wir Gerechtigkeit und Beteiligung neu in Relation zueinander bringen, indem wir Identitäten öffnen und die universale Bedeutung der Menschenrechte wie auch die Bewahrung von Vertrautem zugleich in die Mitte unserer Aufmerksamkeit stellen und schließlich digital eine rechtsstaatliche Demokratie, eine soziale Marktwirtschaft und eine Politik der Präsenz als eine suchende Nähe zu allen praktizieren, in der genau das gezeigt wird, was Not tut, nämlich Gemeinsinn als Ausdruck von echter Sittlichkeit zu leben.

VI.

Ein Engagement aus christlichen Überzeugungen für diese Ziele ist dabei genuin theologisch gut begründet: Christlicher Glaube bezeichnet immer auch eine soziale Praxis und ist nie zu trennen von seinen Auswirkungen auf die Politik und die Gesellschaft. In einer toleranten und pluralen Gesellschaft gibt es darum eine Entsprechung zur Überzeugung, dass der Glaube auf einer freien Annahme und Ausübung einer unverfügbaren, vom Heiligen Geist gewirkten Einsicht beruht. Jeder Zwang zum Glauben ist ein Widerspruch in sich. Ein authentisch christlicher Glaube ist unvereinbar mit Ideologien und illiberalen Gesellschaftskonzepten und braucht darum eine Kultur der Toleranz und Akzeptanz, des Dialogs nach Innen und nach Außen. In diesem Sinne stehen wir als Kirchen in der Pflicht, für eine vitale Kultur des Christentums und einen lebendig Glauben zu werben und diesen zugleich zu bezeugen. Damit stärken wir auch die Grundlagen, Demokratie und soziale Marktwirtschaft zu leben. Die Idee, dass alle Menschen Geschöpfe Gottes, gleich an Würde und Rechten, führt zu der Überzeugung, Solidarität mit den Schwachen zu üben. Alles das gehört zu den ideellen Voraussetzungen einer lebendigen Demokratie und einer sozialen Marktwirtschaft, die beide unbedingte Teile einer Ordnung der Freiheit genannt zu werden verdienen. Daran mitzuwirken, ist grundlegender Auftrag des BKU und aller, die unser

Gemeinwesen gestalten und tragen. Dafür Gottes beständigen Segen zu erbitten, bleibt unsere alltägliche Aufgabe – zum Wohl aller. Amen.